

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56312>

sorry, not possible to translate

Netzwerke der Flüchtlingsabwehr

04.04.2006

NOUADIBÚ/MADRID/BERLIN (Eigener Bericht) - Unter starkem Druck aus Europa hat

Mauretanien sein erstes EU-Lager für Flüchtlinge in Betrieb genommen. Das Lager wurde von der Armee Spaniens auf mauretanischem Territorium (Nouadibú)

errichtet und erleichtert die Abschiebung von Personen, die ohne gültige Einreisevisa auf EU-Territorium (Kanarische Inseln) festgenommen wurden. Die

EU unterstützt die spanischen Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr, die deutschen

Vorgaben entsprechen, mit zwei Millionen Euro. Zugleich haben die Innenminister Deutschlands und fünf weiterer europäischer Staaten beschlossen, auf den Kanarischen Inseln eine "Expertengruppe" zu installieren. Sie soll mit Hilfe so genannter Verbindungsbeamter in mehreren

westafrikanischen Staaten ein "regionales Immigrationsnetzwerk" aufbauen und

damit die westafrikanische Flüchtlingsabwehr zentralisieren. Bei den Verbindungsbeamten handelt es sich um Vertreter von EU-Staaten, die bei den Behörden ihrer Gastländer auf eine Anpassung der Migrationspolitik an deutsch-europäische Vorgaben dringen.

Kettenabschiebungen

Das Lager, das die spanische Armee in den vergangenen Tagen in Nouadibú errichtet hat, dient vor allem der Internierung von Flüchtlingen, die auf den Kanarischen Inseln ohne gültiges Einreisevisum festgenommen und nach Mauretanien abgeschoben wurden. Grundlage für die Abschiebungen aus einem EU-Land in einen von Putschisten regierten mutmaßlichen Folterstaat [1] ist das so genannte Cotonou-Abkommen, das am 23. Juni 2000 unterzeichnet wurde und die Zusammenarbeit zwischen der EU und fast 80 Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks regelt. Darin verpflichten sich die Armutstaaten, auf Verlangen europäischer Regierungen in die Rücknahme von Flüchtlingen einzuwilligen.[2] Die EU-Außenminister haben Ende März die entsprechende Bestimmung des Abkommens ausdrücklich reaktiviert [3], seitdem

hat Spanien begonnen, Immigranten in großem Maßstab von den Kanarischen Inseln nach Mauretanien abzuschicken. Die überwiegende Mehrheit von ihnen wird von den dortigen Behörden direkt nach Mali oder in den Senegal überstellt. Elementare Regeln des internationalen Flüchtlingsschutzes werden

damit unter deutsch-europäischem Druck faktisch außer Kraft gesetzt.[4]

Expertengruppe

Die Flüchtlingsabwehr vor der westafrikanischen Küste war bereits am 23. März Gegenstand eines Innenminister-Treffens der so genannten G6-Staaten (ehemals G5 [5]) in Heiligendamm. Bei dem Zusammenschluss handelt es sich um

ein Bündnis Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Spaniens und Polens, das für sich in Anspruch nimmt, "Impulse" für die EU-Innenpolitik zu erarbeiten. "Die anderen EU-Staaten werden in vollem Umfang über die Vorschläge der G6-Staaten unterrichtet und können sich an deren Umsetzung beteiligen", erklären die G6-Innenminister.[6] Wie es in der

Abschlussklärung zu dem Treffen in Heiligendamm heißt, werden die G6-Staaten auf den Kanarischen Inseln eine "Expertengruppe" installieren und ihr den Aufbau eines "regionalen Immigrationsnetzwerks" übertragen. Damit soll die Flüchtlingsabwehr im gesamten westafrikanischen Küstengebiet zentralisiert und gesteuert werden - unter Mitwirkung Berlins, das den Aufbau solcher Netzwerke auch für Nordafrika, Ost- und Südosteuropa sowie Asien befürwortet.

#### Verbindungsbeamte

Personelle Grundlage für den Aufbau des "regionalen Immigrationsnetzwerks" sind so genannte Verbindungsbeamte, die EU-Staaten in den vergangenen zwei Jahren bei den Behörden mehrerer Länder eingesetzt haben - auch in Westafrika. Laut EG-Verordnung vom 19. Februar 2004 sollen die Verbindungsbeamten "zur Verhinderung und Bekämpfung der illegalen Einwanderung, zur Rückkehr illegaler Einwanderer und zur Steuerung der legalen Wanderung" beitragen.[7] Ihre Aufgabe besteht darin, Informationen über "Ströme illegaler Einwanderer", ihre "Routen", ihre "Vorgehensweise" sowie die "benutzten Verkehrsmittel" zu sammeln und sie den europäischen Planungszentralen zur Verfügung zu stellen. Ferner sollen die Verbindungsbeamten bei den Behörden ihres Gastlandes die deutsch-europäische Politik der Flüchtlingsabwehr durchsetzen: Sie sollen "helfen, Ströme illegaler Einwanderer (...) zu verhindern", und "Mittel und Wege" finden, "um die Rückkehr und Rückführung von illegalen Einwanderern in ihre Herkunftsländer zu erleichtern". Insbesondere sind die Verbindungsbeamten befugt, bei der "Feststellung der Identität von Drittstaatsangehörigen" unterstützend einzugreifen.[8]

#### Akteneinsicht

Vor allem die Befugnis der Verbindungsbeamten, an der Identitätsfeststellung teilzuhaben, lässt befürchten, dass in Zukunft dubiose deutsche Identifizierungs-Praktiken in weitere Staaten exportiert werden. Erst vor wenigen Tagen sollten sich auf Verlangen der deutschen Behörden rund 350 papierlose Flüchtlinge in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) einfinden, um dort von einer Delegation des Innenministeriums Guineas auf eine mögliche guineische Staatsangehörigkeit überprüft zu werden. Die Vorführung der Papierlosen war mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium abgesprochen und sollte ihre Abschiebung in das westafrikanische Land ermöglichen - trotz Berichten, dass Flüchtlinge, die nach ähnlichen Identifizierungs-Maßnahmen nach Guinea abgeschoben worden waren, spurlos verschwanden. Im Rahmen einer früheren Vorführung papierloser Flüchtlinge hatte sogar der Polizeichef Guineas Einsicht in Asylakten erhalten. Die deutsche Praxis, Flüchtlinge von Mitarbeitern derjenigen Behörden identifizieren zu lassen, die möglicherweise für ihre politische Verfolgung verantwortlich sind, wird von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert.

#### Beschleunigen

Um die reibungslose Abschiebung nach Europa gelangter Flüchtlinge zu forcieren, kündigen die G6-Innenminister eine Reihe weiterer Maßnahmen an. So sollen der Abschluss so genannter Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten beschleunigt und widerstrebende Herkunftsstaaten zur Ausstellung von Heimreisedokumenten gedrängt werden. Auch wollen die G6-Staaten "die Zahl der (Abschiebe-)Flüge erhöhen".[9] Während demnach in

den kommenden Wochen zahlreiche Flüchtlinge auch von deutschen Flughäfen aus in ihre Herkunftsstaaten abtransportiert werden, starten auf denselben Flughäfen zahlreiche Deutsche in ihren Osterurlaub. Mit einer großen Zahl von Feriengästen rechnen insbesondere die Kanarischen Inseln, die im Zentrum des gegenwärtigen Flüchtlingsdramas stehen.[10] german-foreign-policy.com veröffentlicht eine Reportage über die Suche nach den Spuren, die die Flüchtlingsabwehr auf Fuerteventura hinterlässt - auf derjenigen von den Kanarischen Inseln, die der westafrikanischen Küste am nächsten liegt.

[1] s. dazu Uneingeschränkt positiv

[2] Artikel 13 Absatz 5c: "Die Vertragsparteien kommen ferner überein, i) daß die AKP-Staaten ihre Staatsangehörigen, die sich illegal im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates der Europäischen Union aufhalten, die Rückkehr gestatten und sie auf Ersuchen dieses Staates ohne weiteres rückübernehmen. (...) ii) daß auf Ersuchen einer Vertragspartei Verhandlungen mit den AKP-Staaten mit dem Ziel eingeleitet werden, nach Treu

und Glauben und unter Beachtung der einschlägigen Regeln des Völkerrechts bilaterale Abkommen über die spezifischen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Rückkehr und Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen zu schließen. Diese Abkommen enthalten auch Vereinbarungen über die Rückübernahme Staatsangehöriger von Drittländern und Staatenloser, sofern dies von einer Vertragspartei für notwendig erachtet wird."

[3] La UE concederá dos millones de euros de ayuda a los inmigrantes de Mauritania llegados a Canarias; El País 24.03.2006. Consuelo Rumí: "El Gobierno de Mauritania ha recepcionado hoy el centro acogida de inmigrantes"; Canarias7.es 30.03.2006

[4] Tatsächlich schiebt Spanien schon seit geraumer Zeit Flüchtlinge von den Kanarischen Inseln in mehrere afrikanische Staaten ab. Lesen Sie dazu unsere

Reportage Flüchtlingsabwehr auf Fuerteventura.

[5] s. dazu "G 5"

[6] Treffen der Innenminister von Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und dem Vereinigten Königreich in Heiligendamm, 22. und 23. März 2006. Schlussfolgerungen

[7], [8] Verordnung (EG) Nr. 377/2004 des Rates vom 19. Februar 2004 zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen

[9] Treffen der Innenminister von Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und dem Vereinigten Königreich in Heiligendamm, 22. und 23. März 2006. Schlussfolgerungen

[10] s. auch Durch die Wüste

s. auch Eins zu zehn und Interview mit Karl Kopp sowie Tausende Tote

Lesen Sie die Reportage Flüchtlingsabwehr auf Fuerteventura sowie unser EXTRA-Dossier Festung Europa.

Reportage:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56311?PHPSESSID=emuopqji0d2063956o2s0936s7>